

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/39. Jahrgang

Juli 2008

Schutzgebühr: 0.30 E



5,13millionenfacher Jubel

5,13 Millionen Menschen können jubeln. Sie bekommen ab 1. Juli mehr Geld, und dies ohne Demos oder Streiks, einfach so. Um sage und schreibe vier Euro, von 347 auf 351 Euro steigt das monatliche Einkommen der Hartz-IV-Empfänger; das sind 13 Cent, die täglich mehr verpraßt werden können...

Nach der von der Bundesagentur für Arbeit jetzt vorgestellten Studie sind nur knapp die Hälfte dieser 5,13 Millionen Menschen in der Arbeitslosenstatistik erfaßt. Die anderen sind 1-Euro-Jobber, befinden sich in „Maßnahmen“, sind vorübergehend arbeitsunfähig oder „Aufstocker“ (deren Lohn noch unter Hartz IV liegt).

Nur 3,4% wurden von den ARGen (bei uns ist das die GIAG) in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt, was doch die eigentliche Aufgabe sein sollte. Angeblich. Denn es ist kein Geheimnis, daß die 1-Euro-Jobs nicht „zusätzlich“ sind, wie es auf dem Papier steht, sondern reguläre Arbeitsplätze ersetzen. (Die durch 1-Euro-Jobber von ihrem Arbeitsplatz Verdrängten können sich dann nach einem Jahr als Alg-II-Empfänger auf einer ähnlichen Arbeitsstelle wieder-

(Fortsetzung Seite 2)

Inhalt:

Armut und Reichtum	S.2
Studiengebühren-Urteil/Bus zur GIAG	S.3
Zwangs"beratung" abgewendet	S.4
Bahnprivatisierung/Krenz an Köhler	S.5
Kuba-Soli/Lesetips/Monopolkapital	S.6
Leserbriefe/Irland+EU/Hammerzahl	S.7
Iran-Krieg?/NPD-Wöll verurteilt	S.8

Für den Allerwertesten... ...nur vom Allerfeinsten

Neues Mobiliar wird benötigt. Darunter sollen für den Sitzungssaal Stühle um 900 € pro Stück angeschafft werden. 81 Sitzplätze für die Abgeordneten, dann noch mal ca. 20 für Magistrat, Präsident usw. Nach Adam Riese ein Ausgabenposten von rund €90.000. - Ob der Kreistag, für den die Erweiterung auf 81 Plätze geplant ist, hier je tagt, ist ungewiß. Die meisten Abgeordneten wollen wie bisher lieber

abwechselnd in den Kreisgemeinden ihre Beschlüsse fassen. Somit würden 59 Plätze für die Abgeordneten ausreichen. Die Stadtverordnetenversammlung tagt im Jahr sieben mal. Ganz schön teuer für die Hinterteile der Abgeordneten. - Hier wird geprotzt, während z. B. für eine Erstaussstattung für Schulanfänger aus armen Familien kein Geld da ist (s.den abgelehnten Antrag der Linksfraktion). M.B.



Info-Stand der DKP

auf dem Seltenersweg im Juni 2008 mit SDAJ und Roter Hilfe:
(von links): Michael, Henning, Candas, Helmut, Erika, Gernot, Michael

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Armut und Reichtum

Die Veröffentlichung des Armutsberichtes der Bundesregierung liegt einige Wochen zurück. Jetzt ist er fast schon vergessen – ohne daß die Erkenntnisse daraus ausreichend diskutiert wurden. Nach diesem Bericht gelten 13% der Bevölkerung als arm, ihr Monatseinkommen liegt unter 781 Euro, das sind weniger als 60% des mittleren Einkommens. Mittleres Einkommen – das bedeutet, 50% haben weniger, die andere Hälfte mehr zur Verfügung. Dieser Betrag ist seit der letzten Erhebung 1998 deutlich gesunken. Damals lag die Armutsgrenze noch bei 855 Euro. Wer also 850 Euro im Monat hat, galt früher als arm, jetzt zählt er schon zur Mittelschicht – obwohl er sich viel weniger dafür kaufen kann. Das mittlere Einkommen ist in dieser Zeit von 1425 auf

1300 Euro gefallen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung mußte also eine Abnahme ihrer Einnahmen verkraften, bei gleichzeitiger Preissteigerung. Neben dem mittleren Einkommen gibt es auch das Durchschnittseinkommen; zu dessen Berechnung werden alle Einkommen zusammengezählt und durch die Anzahl der Personen geteilt. Bei einigermaßen gleichmäßiger Verteilung sind mittlerer Wert und Durchschnitt etwa gleich – ganz anders ist es beim Einkommen. Da bei dieser Berechnung einzelne „Großverdiener“ soviel zählen wie 10 oder gar über 100 mittlere Einkommen, ist das Durchschnittseinkommen mehr als 1000 Euro höher als das

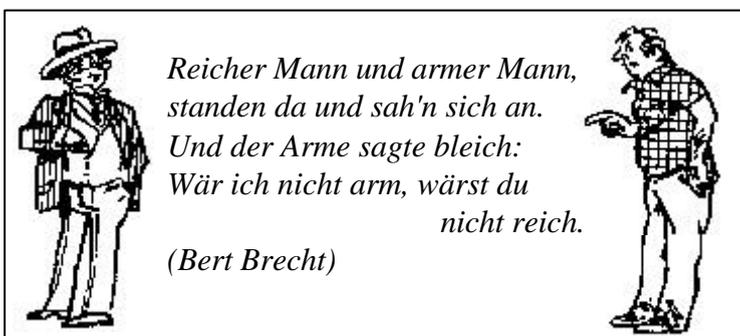
mittlere. Wer gut ausgebildet ist und eine ordentliche Stelle hat, braucht sich nicht zu wundern, wenn er trotzdem unter dem Durchschnittseinkommen liegt – diesen Umstand teilt er mit 70% der Bevölkerung, nur 30% können sich über die höheren Einkommen freuen. Im Gegensatz zum mittleren ist das Durchschnittseinkommen nicht gesunken, es steigt etwa mit dem Wirtschaftswachstum. Noch ungleichmäßiger als das Einkommen ist das Vermögen verteilt. Ein middle-

sehen lassen, es sind über 100000 Euro. Aber nur 10% der Bundesbürger haben mehr als diesen Betrag, sie teilen sich allein die Hälfte des Gesamtvermögens – und davon hat wiederum eine kleine Minderheit den Löwenanteil.

Zum Beweis für eine angebliche Steuergerechtigkeit wird oft angeführt, daß 10% der Einkommenssteuerzahler 50% der Steuer aufbringen. Wenn man die Einkommens- und Vermögensverteilung berücksichtigt, ist das keineswegs ein Beweis für Gerechtigkeit. Bei Einbeziehung aller Steuerarten von der Mehrwert-

über die Tabak- zur Kfz-Steuer käme heraus, daß die Ärmeren steuerlich stärker belastet sind als die Superreichen. „Arbeiterinnen und Arbeiter – man belügt euch, man beutet euch aus“ – mit diesem Satz beginnt die französische Linkspolitikerin Laguiller jede ihrer Reden. Diese Aussage ist so zutreffend, daß sie auch bei uns öfter genannt werden sollte!

Gernot Linhart



*Reicher Mann und armer Mann,
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm, wärst du
nicht reich.*

(Bert Brecht)

res Einkommen wird nie angegeben. 50% der Menschen teilen sich 10% des Einkommens – kein Wunder, wer ein geringes Einkommen hat, hat meistens entweder Schulden oder höchstens einen Notgroschen. Das mittlere Vermögen wäre so lächerlich gering, das man es kaum als solches bezeichnen kann. Das Durchschnittsvermögen dagegen kann sich

(Fortsetzung von Seite 1)

5,13millionenfacher Jubel

finden und die gleichen Tätigkeiten verrichten – für 1,50 Euro/Stunde.) Es wird deutlich, daß mit Hartz IV keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern, im Gegenteil, vernichtet werden. Und das war den Verantwortlichen von Anfang an klar und gewollt. Dem entsprechen auch ihre weitergehenden Pläne: weitere Einschränkung der Rechte von Langzeitarbeitslosen und Zwangsarbeit – bis zu 39 Stunden in der Woche.

Klar, daß dann die Arbeitslosigkeit statistisch irgendwann beseitigt ist.

Neben der Ausbeuterschicht, die ihre Einkünfte aus den Fabriken, Aktien und Immobilien bezieht, gibt es die die (noch) einen Arbeitsplatz haben, die durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft ihren Unterhalt bestreiten können. Und es gibt das Heer der Ausgegrenzten, das unter dem Existenzminimum lebt und Zwangsarbeit leisten muß, das Heer der Hartz-IV-Empfänger, das täglich größer wird.

Schützenhilfe erhalten die Herrschenden auch hier von der Kirche. Statt diese Unmenschlichkeiten anzuprangern und die Menschenwürde der Armen zu ach-

ten, erklärte der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz auf dem Kirchentag im Mai: „Wir sind in unserem Land in Gefahr, eine Anspruchsgesellschaft zu werden, in der sich mehr und mehr eine Versorgungsmentalität breitmacht.“

Wie heißt es doch in der Internationalen?

„Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!“

Leeres Wort: der Armen Rechte,
leeres Wort: der Reichen Pflicht.

Unmündig nennt man uns und Knechte.
Erträgt die Schmach nun länger nicht.“

Gebrochenes Recht ist Hessen-Recht

Dieser Titel stammt nicht von uns, sondern von der Süddeutschen Zeitung. Er trifft das Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs, das die Studiengebühren für „rechtmäßig“ erklärt, genau. Dieses Urteil, mit 6 : 5 Stimmen gefällt, ist denkbar knapp, aber nicht wirklich überraschend, da in diesem Gremium die Richter nach Parteien-Proporz (d.h. hier mit CDU-Mehrheit) zusammengesetzt sind. So konnte denn auch Lokalredakteur Tamme von der Allgemeinen schon vor einem Jahr schreiben, „daß der Staatsgerichtshof fast immer im Sinne der Landesregierung zu entscheiden pflegt“. Und wehe, wenn nicht. Der „Spiegel“ berichtete über den Fall des Sozialrichters W. Meyer: Dem Senatsvorsitzenden beim Bundessozi-

algericht in Kassel sei wegen rentnerfreundlicher Urteile ein Großteil seiner Kompetenzen entzogen worden. Und ehe also diese Parteijuristen sich nach den demokratischen Grundsätzen der Hessischen Verfassung richten, werden diese verbogen bzw. per Verfassungsänderung (ist bereits in Arbeit) abgeschafft. Noch steht in der Landesverfassung „In allen öffentlichen... Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich“ - wie viele weitere demokratische und soziale Rechte (Recht auf Arbeit, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, Verbot der Aussperrung, Pflicht zum Widerstand, Ächtung des Krieges...). Das alles konnte nach dem Krieg Gesetz werden, weil die damaligen Machtverhält-

nisse es ermöglichten. Die Menschen wollten Frieden, Demokratie und die Einschränkung der Macht der großen Konzerne zugunsten von gesellschaftlichem Eigentum. Heute werden diejenigen, die für diese Verfassungsgrundsätze eintreten, zu „Verfassungsfeinden“ erklärt. Aber die Studiengebühren sind abgeschafft! Die Landtagsmehrheit von SPD/Grüne/Linke hat ihr Wahlversprechen gehalten. Nicht zuletzt ist das ein Erfolg der Studierenden-Proteste und der mehr als 70.000 Unterschriften für die Verfassungsklage. Damit sie nicht wieder beschlossen werden, wird - insbesondere vor dem Hintergrund von geplanten Privatisierungen auch im Bildungswesen - weiterer Druck nötig sein. Michael Beltz

Die Linie 2 muß bis zu den Rivers fahren!



So sieht der Weg zur GIAG aus

Nur wenige hundert Meter sei die GIAG, die jetzt für Hartz-IV-Empfänger aus dem Kreis Gießen in den „Rivers“ untergebracht ist, von der Stadtbus-Bushaltestelle Fasanenweg entfernt - und dies zu laufen sei „zumutbar“. Aber was für ein Weg!

Es gibt nur einen gemeinsamen Weg

für Fußgänger und Radfahrer direkt an der stark befahrenen Licher Straße, und es sind mehrere breite Straßen zu überqueren.

Den gleichen Weg müssen alle zurücklegen, die das Kreissozialamt aufsuchen wollen. Insbesondere für Mütter mit Kindern und ältere Menschen ist das nicht zumutbar, erst recht nicht bei Regen und in der Dunkelheit.

Es gibt zwar eine Bushaltestelle der Linie 220 nach Steinbach direkt an der Licher Straße auf der Höhe der GIAG, aber die verkehrt nur stündlich ab Bahnhof und hält weder am Markt noch am Berliner Platz.

Obwohl es leicht wäre, die Stadtbus-



Im letzten Gebäude ist die GIAG

Linie 2 bis zu den Rivers fahren zu lassen, weigern sich die Stadtwerke, das zu tun.

Und der Kreis hat es bisher nicht für nötig befunden, irgendwelche Wegweiser oder Hinweise anzubringen, sogar an den Gebäuden selbst befindet sich kein Schild.

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche
Antikriegszeitung

Probeexemplare bzw.
10 Wochen Gratis-Abo
(endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbot-online.de
www.unsere-zeit.de

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser (sofern noch nicht geschehen) um **Überweisung der Abo-Gebühren**

Gießener Echo
Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025
Sparkassen Gießen

Wir bitten darüber hinaus um **Spenden**, damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können. Es dankt sehr herzlich: die Echo-Redaktion

Keine Versammlungsräume im Kulturrathaus

Sollte die Kongresshalle in der augenblicklichen Form nicht mehr verfügbar sein, gibt es keine Räume für Agenda-Gruppen, Parteien und andere Veranstaltungen, die im Stadtzentrum stattfinden sollen. Die Bürgermeisterin schlug vor, die (zu engen) Fraktionsräume zur Verfügung zu stellen. Das Konzept in Gießen lautet: Raus mit Veranstaltungen und Zuschauern aus dem Rathaus.

Zwangs"beratung" abgewendet!

Im letzten Echo berichteten wir über eine Aktion von Montagsdemonstranten vor der Kreistagsitzung in Lich, die sich gegen den Zwang zu einer „Energieberatung“ für Hartz-IV-Empfänger richtete. Hier ein Abschnitt aus dem Redebeitrag von Andrea Jacob, sowie ein Leserbrief von Erika Beltz: **Andrea Jacob:** „Eine Energieberatung kann an sich eine sinnvolle Sache sein, wenn sie entweder für alle Bewohner des LKGI verpflichtend ist, oder für alle freiwillig. Sich allerdings eine sowieso schon zermürbte Gruppe zur verpflichtenden Beratung herauszufiltern, ist nicht nur diskriminierend, sondern m. E. verfassungsrechtlich höchst bedenklich...

Die Überschuldung von Langzeitarbeitslosen rührt nicht aus dem falschen Umgang mit Geld, wie Sie es in Ihrem Antrag formulieren, sondern weil die Menschen schlicht und einfach vom Regelsatz nicht überleben können! Ich mache hier noch einmal auf den 3. Armutsbericht aufmerksam, der deutlich macht, dass Hartz IV die Menschen in bitterste Armut stürzt. Wohlfahrtsverbände, Caritas und die Diakonischen Werke schlagen schon lange Alarm. Hartz IV-Empfänger sind verpflichtet, sich unglaublich billige Wohnungen zu suchen, die dann aber häufig extrem schlecht isoliert sind (siehe Wohnbau, die neu renovierten Wohnungen sind ja dann auch teuer geworden). In meinen Augen verbirgt sich hinter derartigen Maßnahmen eine grenzenlose Menschenverachtung.

Diese „verpflichtende Energieberatung“ entbehrt jeglicher Grundlage und dient lediglich der Errichtung autoritärer Strukturen, die einem Land wie Deutschland nicht gut tun...

Erika Beltz: "Am 2. Juni hatte auch ich am Protest in Lich vor der Kreistagsitzung teilgenommen - mit etwa einem Dutzend weiterer Menschen, vorwiegend aus dem Kreis der Gießener Montagsdemonstranten gegen Hartz IV. Anlaß war die von der GIAG geplante Einführung einer Zwangsberatung für Arbeitslose zur Einsparung von Energie. Dabei ging es aber weniger um Umweltschutz als um Reduzierung der Ausgaben für Hartz IV. Dies wäre mit einer weiteren Demütigung für die Betroffenen verbunden, die die „Berater“ zur Kontrolle in ihre Wohnung lassen sollen, wie in der vorherigen Ausschuß-Sitzung erklärt



Dies war sicher Folge und Erfolg unseres sichtbaren Protestes und geschah auf Antrag der Grünen, die im Ausschuß noch ausdrücklich für die verpflichtende Beratung plädiert hatten.

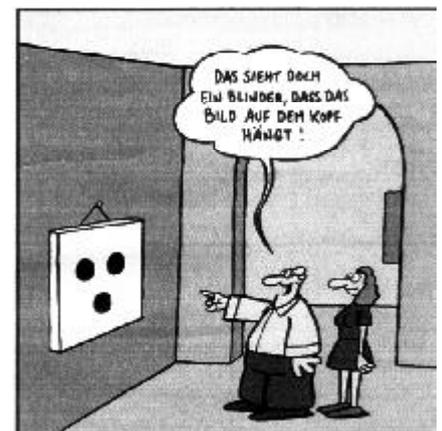


- Während der Gießener Anzeiger die kleine Protestkundgebung wenigstens am Rande erwähnt hatte, war sie der Gießener Allgemeinen keine Zeile wert – und dies, obwohl die Vertreter beider Zeitungen lange bei uns standen und eine Menge Fotos gemacht hatten. Ist es für

worden war. Nichts gegen Energieberatungen – aber dann für alle, und nicht als diskriminierende Zwangsmaßnahme für die Ärmsten. Nach einem engagierten Redebeitrag von Andrea Jacob (Linke) wurde in der Sitzung schließlich die Beratung beschlossen, aber auf freiwilliger Basis.

die Gießener Tageszeitungen nicht opportun, über Aktionen zu berichten, mit denen sich Hartz-IV-Empfänger gegen weitere Repressionen zur Wehr setzen?"

(P.S.: Nach diesem Leserbrief erschien in der Allgemeinen ein Foto der Demonstration mit längerer Bildunterschrift)





Bahnverschleuderung im Bundestag durchgewunken

Die Verschleuderung der Bahn wurde im Bundestag durchgewunken, ohne daß CDU/CSU und SPD ihre skandalöse Entscheidung begründeten. Die fundierte Kritik von der Partei Die Linke und den Grünen wurde von der Regierungskoalition als lästige Störung abgetan. Es wird auch kein Gesetz geben, das die Pflichten der Bahn nach dem Börsengang festlegt, der Privatisierungsvertrag soll vom Bundestag nur zur Kenntnis genommen werden. Schon jetzt werden die öffentlichen Mittel, die von Bund und Ländern jedes Jahr an die Bahn gezahlt werden, zum Teil zweckentfremdet und teilweise dem Gewinn zugeschlagen. Mit etwa 10 Milliarden Euro ist das jährlich etwa genausoviel, wie als Kaufpreis für ein Viertel der Bahn erwartet wird. Die Privatisierung wird dazu führen, öffentliches Geld direkt in private Profite umzuwandeln. Bundesverkehrsminister Tiefensee war in einer früheren Aussage sehr ehrlich. Er versprach, daß es auch künftig ein „ausreichendes Angebot“ im Nah- und Fernverkehr geben wird. Jeder, der hierzulande in die Schule gegangen ist, weiß, was „ausreichend“ bedeutet. Gut bis sehr gut werden nur die Profite der Investoren sein - sonst würden sie ihr Geld woanders anlegen.

Gernot Linhart

Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten. (Th. Adorno)

Offener Brief von E. Krenz an H. Köhler: Er kennt die Zahlen wohl nicht

Bundespräsident Horst Köhler hat am Dienstag vor einer "Verklärung der DDR" gewarnt. Recht hat er, nur verteuern darf man sie auch nicht.

Und warum eigentlich soll nur die DDR nicht "verklärt" werden? Wie verhält es sich mit der alten Bundesrepublik? Wird nicht ihr Beitrag an der deutschen Spaltung absichtlich schön geredet? War nicht die Währungsreform 1948 der eigentliche Beginn des Mauerbaus quer durch Deutschland? War es nicht der erste Bundeskanzler, dem das "halbe Deutschland ganz" lieber war als das "ganze Deutschland halb"? Warum werden die politischen Häftlinge der Alt-BRD nicht rehabilitiert, die wegen ihres Eintretens gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands verurteilt wurden? Und: Was ist mit den Berufsverböten?

Wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet, bezieht sich Köhler auf eine von mir 1989 in Auftrag gegebene Ausarbeitung zur ökonomischen Lage der DDR. Aber: Was ist mit den Staatsschulden der alten und der neuen Bundesrepublik? 1990 lag die Staatsverschuldung der alten BRD pro Kopf der Bevölkerung bei 15000 DM. Jeder DDR-Bürger brachte 7005 DM Schulden in die deutsche Einheit. Nicht einmal 50% der Summe, die auf jedem Bürger der alten Bundesrepublik lastete! Warum wird diese Wahrheit verschwiegen?

Der Ökonom Köhler zieht aus besagter Ausarbeitung den ideologischen Schluß, "daß das Land bankrott war". Die DDR war zu keinem Zeitpunkt bankrott. Ihre Wirtschaft war zwar krank, aber nicht sterbend. Herr Köhler irrt, wenn er meint, die "Vollbeschäftigung" der DDR sei mit "enormen Auslandsschulden erkaufte worden". Ist ihm der Abschlußbericht der Deutschen Bundesbank über die Zahlungsbilanz der DDR nicht zugänglich? Danach betrug die Nettoverschuldung der DDR 1989 gegenüber den westlichen Ländern 19,9 Mrd. Valutamark. Das waren 12,2 Mrd. Dollar. Zugegeben, eine Menge Geld für den Einzelnen, aber für eine ganze Volkswirtschaft?

Im Vergleich zur Verschuldung des Staates Bundesrepublik Deutschland relativieren sich die DDR-Zahlen. Man bedenke nur, daß heute allein die deutsche Hauptstadt das Sechsfache an Schulden hat wie die DDR 1989. Der Bundespräsident meint, in der DDR habe es auch

Leistung und Lebensglück gegeben – und zwar nicht "wegen, sondern trotz des SED-Regimes". Vielleicht sollte er erläutern, wie es möglich ist, ein hohes Maß an sozialer Gleichheit, Gleichstellung von Frauen, Männern und Jugendlichen in Beruf und Gesellschaft, ein einheitliches Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Universität, ein sozial gerechtes Gesundheitssystem und vieles mehr, was den Menschen erst zum Menschen macht, gegen den Willen der Herrschenden zu erreichen. Es könnte lehrreich sein für hier und heute!

Warum eigentlich sagt der Bundespräsident kein Wort darüber, daß sich der wirkliche Kollaps der DDR-Industrie erst nach 1990 ereignete? Innerhalb von nur drei Jahren wurden 70% ihres Potentials zerstört. Stärker als nach dem 1. und 2. Weltkrieg. Kaum jemand könnte hierüber genauere Auskunft geben als Köhler, der damals im Bundesministerium der Finanzen für die Treuhandanstalt zuständig war. Warum wird einfach "vergessen", wie westdeutsche Konzerne für eine symbolische D-Mark große Betriebe "kauften", um deren Kundenschaft zu übernehmen, das Unternehmen auszuschlachten und dann zu schließen? Und: Wo bleibt das mahnende Wort zu bedrückenden aktuellen Erkenntnissen? Zwei von drei Bundesbürgern bezeichneten die Situation im Land als ungerecht.

Nach fast 20 Jahren sind die Fehlentwicklungen der DDR gut bekannt. Wenn sie aber immer wieder benutzt werden, um die Gebrechen des heutigen Systems zu verdecken, dann will und kann ich nicht schweigen. 1989 hieß es bei den Montagsdemonstrationen "Wir sind das Volk". Zehn Jahre später war am Haus des Lehrers am Berliner Alexanderplatz ein übergroßes Transparent angebracht, auf dem zu lesen war: "Wir waren das Volk". Die Enttäuschung vieler Ostdeutscher ist tief, daß das Volk heute weniger gehört wird als damals. Kürzlich sagten bei einer Umfrage nur 15% der Befragten, sie hätten mehr "negative Erinnerungen an die DDR", während 85% sich vor "allem positiv erinnern". Sollte man nicht zurückkehren zu der Losung "Wir sind das Volk"? Einzig ihm kommt die Deutungshoheit über sein Leben zu.

Egon Krenz, ehem. Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender der DDR

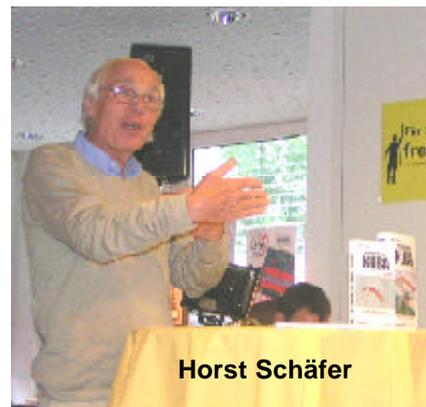
An Ches 80. - Solidarität mit Kuba

Mit acht Veranstaltungen wurde in Hessen rund um den 14. Juni, den 80. Geburtstag von Che Guevara, Solida-



rität mit dem sozialistischen Kuba geübt. Von Darmstadt bis Kassel, von Hanau über Offenbach nach Frankfurt sowie nach Marburg, Wetzlar und Gießen reiste Horst Schäfer vom 11. bis 19. Juni durch Hessen, um sein Buch „Im Fadenkreuz: Kuba“ vorzustellen. Der Referent, der als Korrespondent der DDR viele Jahre in den USA gelebt hat, berichtete über die

kriminellen Machenschaften der CIA, die unmenschliche Embargo-Politik der USA gegenüber Kuba und ihre unzähligen hinterhältigen - aber durchweg gescheiterten - Mordversuche an Fidel Castro. Und das tat er nicht nur mit großer Sachkenntnis, sondern auch mit überzeugendem persönlichem Engagement. Selbstverständlich wurden auch die jüngsten Reformen in Kuba diskutiert sowie die Entwicklung in Lateinamerika, wo insbesondere Venezuela und Bolivien eine Politik im Interesse der Menschen gegen die mächtigen Konzerne verfolgen und den Einfluß der USA auf ihrem „Hinterhof“ zurückdrängen. Die Solidarität der – trotz EM - zahlreichen Besucher galt auch den fünf Kubanern, die seit zehn Jahren unschuldig in US-Gefängnissen sitzen und deren einziges „Vergehen“ darin besteht, geplante Terroranschläge gegen Kuba aufgedeckt zu haben. Und sie galt Che Guevara, der 1966 in einem Abschiedsbrief an seine Kinder schrieb: „Vor allem bewahrt Euch stets die Fähigkeit, jede Ungerechtigkeit, die irgendwo auf der Welt begangen wird, aufs tiefste zu empfinden.“



Das ist der schönste Charakterzug eines Revolutionärs.“

Die Veranstaltungen wurden zumeist von der DKP organisiert; aber auch die SDAJ, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, die AMS, die Partei Die Linke sowie der Club Voltaire waren beteiligt.

Der Erlös der Veranstaltungen – durch Material-, Buchverkauf und Spenden – wird verwendet zur Instandhaltung der Kinder-Reha-Klinik in Cardenas (Matanzas), einem Soli-Projekt der DKP. Noch vor der Endabrechnung ist festzustellen: es werden mehr als 600 Euro sein. Erika Beltz

Lesetips

Im Fadenkreuz: Kuba von Horst Schäfer, Kai Homilius Verlag, gebunden 18 Euro, Taschenbuch 9.90 Euro

Die DDR unterm Lügenberg von Ralph Hartmann mit einem Vorwort von Gerhard Zwerenz, Ossietzky-Verlag, 10 Euro

Brennende Kälte, Krimi von Wolfgang Schorlau ("So spannend hat man Globalisierungskritik noch selten bekommen." Rezzo Schlauch, taz), Kiepenheuer und Witsch, 7.95 Euro

Der Auftrag bleibt. 60 Jahre Hessische Verfassung. Broschüre der DKP Hessen, mit vielen Dokumenten und Text von Emil Carlebach, 3 Euro

... gegen Kapitalismus und Krieg. Zum 100. Geburtstag von Ria Deeg, Erinnerungen von Ria Deeg mit verschiedenen Grußworten. Broschüre von DKP und VVN-BdA Gießen. 4 Euro

Wenn das Monopolkapital ans Große Ganze denkt

Hat Venezuelas Präsident Chávez doch nicht so unrecht, wenn er die Kanzlerin und ihre Partei politisch-ideologisch den Kräften zuordnet, die 1933 als Reaktionäre vom Schlage des Reichskanzlers Franz von Papen Hitler an die Macht schoben? In einer Grundsatzrede zur „Sozialen Marktwirtschaft“ macht Merkel den Managern Mut, „den globalen Wettbewerb als Chance“ zu nutzen. Deutschland muss Hochleistungsland bleiben. Und sie appelliert an die gesamtwirtschaftliche Verantwortung der Großindustriellen. Das macht hellhörig, denn im Kapitalismus haben Unternehmer nur eine Verantwortung ihren Finanziers gegenüber und die heißt „Profit“. Irgendwie kennen wir das schon: Immer wenn die Wirtschaft kriselt und dem Volk soziale Grausamkeiten aufgebürdet werden, kriegen die Unternehmer von den Regierenden eine unverbindliche Moralpredigt. In der Weltwirtschaftskrise sagte von Papen 1932: „Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an eigenen Nutzen denkt und nicht an das Große Ganze, wenn es jetzt nicht seine Stunde erkennt und seine Chance begreift...“ Und nun 2008 fast wortgleich die Kanzlerin. Steht es schon wieder so schlecht? K. M

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo: www.gimode.wordpress.com

Leserbriefe

Arbeitsbeschaffung à la GIAG

Grundlage für den Bezug von Hartz IV sind die von jedem zu unterschreibenden „Eingliederungsvereinbarungen“. Darin ist z.B. bei mir festgelegt, daß man vier Bewerbungen im Monat zu schreiben (sonst wird gekürzt) und diese zu einem festgelegten Termin bei der GIAG vorzulegen hat.

Aber dann wechselt der Fallmanager, ohne dass man davon erfährt. Die neue Fallmanagerin, Frau B. M., möchte die Bewerbung am „Stichtag“ nicht annehmen und schickt mich nach Hause. Es wird ein Termin „versprochen“. 14 Tage lang passiert nichts, Dann lasse ich meine Bewerbungen bzw. Absagen „per Boten“ in den Hausbriefkasten der GIAG einwerfen, damit die Dame nicht behaupten kann, sie hätte die Post nie bekommen. Daraufhin bekomme ich einen Gesprächstermin, bei dem Frau B. M. nichts Besseres zu tun hat, als mir den ganzen

Stapel meiner Unterlagen wieder in die Hand zu drücken: die Form sei falsch. Bisher sollte ich bei ihrem Kollegen pro Bewerbung eine Kopie vorne dran heften und alles klappte anstandslos. „Madame“ möchte aber einen Originalantrag: „bitte nur Absagen und keine Anschreiben“ (was macht man, wenn die Firmen nicht antworten?!). Nun kann ich den ganzen Mist also zum dritten Mal zur GIAG tragen und hoffen, dass ich die paar Kröten **irgendwann einmal** überwiesen bekomme, mit denen mir die Unkosten der Bewerbungen ersetzt werden. Oder fällt „Madame“ vielleicht noch eine Schikane ein?
Name ist der Redaktion bekannt

Blut für Öl

„New York Times“ vom 19.06. d. J.: Die Mission Blut für Öl ist erfüllt! Nach 36 Jahren kehren westliche Ölkonzerne in den Irak zurück. Vor 36 Jahren hatte der damals progressive Irak den Konzernen „Exxon“, „Mobil“, „Shell“, „Total“ und „BP“ die Konessionen entzogen und endlich die Ölförderung zum Wohle des Volkes nationalisiert. Das bedeutete das Ende von Ungerechtigkeit, Kolonialismus und brutaler Ausbeutung!

Bis dahin besaßen "wir im Grunde das ganze Land.“ (Ex-Exxon-Chef Raymond, „Newsweek“, Herbst 2008)! Nun haben wir Dank Mr. Bush wieder einen imperialen Zustand dieser Art.
Uwe Bossart



Irland: Denkmittel für EU-Regierungen

Die Bevölkerung der Republik Irland hatte als Einzige in der EU die Möglichkeit, über den EU-Reformvertrag abzustimmen. Sie nutzte die Chance und lehnte mit deutlicher Mehrheit diesen Vertrag ab, der die unsoziale und militaristische Politik der EU-Regierungen festgeschrieben hätte. Die Politiker betreiben mal wieder Wählerschelte und versuchen es erst mal mit „weiter so“. Das wird aber nichts nützen - der Vertrag kann nicht in Kraft treten, auch wenn ihn weitere Regierungen am Volk vorbei ratifizieren. An der konkreten Politik wird sich vorerst nichts ändern, aber die Ablehnung läßt hoffen.
G.L



Die Hammerzahl

75 Jahre alter Einbrecher gefasst

Sollten wir über eine solche Zeitungsmeldung nur schmunzeln oder auch darüber einmal nachdenken, dass seit Jahren den Rentnern das Sparen zwangsweise verordnet wird.

500 Millionen Euro im Jahr „Umsatz“ in den BRD-Pfandleihhäusern

Diese horrende Summe wird jährlich dort umgesetzt. Pfandleiher sind deshalb so beliebt, weil dort keine Schufa-Auskunft, Bonitätsprüfung und wenig Bürokratie üblich sind. Dafür ist dieser Sofort-Kredit übermäßig teuer. Der neueste Trend geht dahin, dass das eigene Auto als Pfand genutzt wird. Ich finde, in der BRD ist die Massenarmut oft nicht auf den ersten Blick sichtbar; an solchen Zahlen aber jederzeit nachweisbar.

(Zusammenstellung: Martin Wagner)

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Konto Nr. 193070, Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>
<http://www.dkp-hessen.de>

Redaktionsschluß für August-Echo: Donnerstag, 24.7.

Sie sagen Frieden - sie meinen Krieg

„Im Nahen Osten bahnen sich unerhörte Dinge an“, liest man im Gießener Anzeiger vom 19. Juni. Israel vereinbart eine Waffenruhe mit der Palästinenserorganisation Hamas und bietet dem Libanon und Syrien Gespräche an. Ein Gefangenenaustausch mit der Hisbollah-Miliz soll sich anbahnen. Da scheint ein großes Friedensfest bevorzustehen. Das Gegenteil ist der Fall. Die israelische Regierung hat den Luftangriff auf iranische Atomanlagen beschlossen und die Bush-Administration ist in diese Planungen eng einbezogen. Der US-Präsident sendet Signale aus, die verdächtig an die Vorbereitung des Irak-Krieges erinnern. Die diplomatischen Wege würden ausgeschöpft, aber alle Optionen lägen selbstverständlich auf dem Tisch. Dabei hatten US-Geheimdienste im Dezember vorigen Jahres

gemeldet, der Iran habe sein Atom-bombenprogramm 2003 eingestellt. Beschlossen ist der israelisch-amerikanische Angriff auf den Iran schon lange. Schon im Jahr 2006 nannte ein US-Regierungsbeamter die israelischen Bombardierungen des Libanon „einen Probelauf für Iran“ (Spiegel 34/2006). Und weiter: Bereits im Krieg gegen Serbien hatte die Nato nicht nur militärische Ziele bombardiert, sondern auch Tunnel, Brücken und Strassen. Der Regierungsbeamte: „Israel hat den Kosovo-Krieg als

Vorbild studiert.“ Das israelische Ausstrecken von Friedensfühlern nach Libanon, Syrien, Hamas und Hisbollah ist der Versuch, den Iran vor dem Angriff zu isolieren.

Iran ist nicht Irak. Der Iran hat eine Bevölkerung von 70 Millionen Einwohnern und strategische Tiefe. Steht der Nahe Osten in Flammen, ist der Frieden in der ganzen Welt aufs Höchste gefährdet. Ein israelischer Historiker fordert den Einsatz atomarer Sprengsätze (Israel besitzt Atomwaffen seit 40 Jahren.): „Wenn es darum geht, ob Israel sterben soll oder Iran, sollte Iran

sterben.“ Jeder friedliche und vernunftbegabte Mensch will, dass weder Israel noch Iran noch irgendwer sonst stirbt. Der Krieg muss verhindert werden. Klaus Mewes



NPD-Wöll auch in 2. Instanz wegen Volksverhetzung verurteilt

Am 25. Juni fand vor dem Landgericht in Gießen die Verhandlung gegen den Neo-Nazi Marcel Wöll statt, der wegen Volksverhetzung*) in 1. Instanz zu 4 Monaten Gefängnis plus Verfahrenskosten verurteilt worden war. Sowohl der Staatsanwalt als auch Wöll selbst hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Worum ging es? Im März 2007 hatte Wöll als NPD-Landesvorsitzender und Kreistagsabgeordneter auf einer Kreistagsitzung in Friedberg gefordert, Zuschüsse für Fahrten zu Gedenkstätten zu streichen. Protokollierter O-Ton Wöll: ...da gibt es noch Zuschüsse für Klassenfahrten „zu den Stätten des sogenannten nationalsozialistischen Terrors, also Gehirnwäsche für Schüler...“ Jetzt wollten er und sein Pflichtverteidiger Sieg sich damit herausreden, er habe sich nur "verhaspelt" und „sogenannte Stätten“ des NS-Terrors gemeint. Aber das Spiel verfiel nicht. Mit der Bezeichnung „Gehirnwäsche“ hat er klar seine Meinung zum Ausdruck gebracht. Auch das anschließende Fernseh-Interview hat er nicht etwa genutzt, um sein angebliches Mißverständnis auszuräumen, sondern sich nochmals als Volksverhetzer entlarvt. Auf die Frage: „Gab es den Holocaust?“ antwortete er, daß er sich dazu nicht äußern wolle. Und auf

die Nachfrage „Weil Sie anderer Meinung sind?“ bekannte er „Das steht mir frei.“ Die Beweislage war also ziemlich eindeutig. Da konnte ihm auch sein Wahlvertreter Waldschmidt (damals stellvertretender NPD-Landesvorsitzender) nicht mehr helfen, der doch auf jeder Fraktionssitzung die geplanten Redebeiträge extra daraufhin abklopfte, ob sie juristisch zu beanstanden sein könnten. Aber haarscharf vorbei ist auch daneben. Diesmal ging Wöll, der sich grinsend gerne gerade noch knapp im Rahmen der Legalität wähnt, zu weit. Jetzt muß er seine vier Monate absitzen und die Gerichtskosten bezahlen, falls das Oberlandesgericht, wo er in Revision gehen will, nicht anders urteilt. Wöll ist bereits mehrfach u.a. wegen Körperverletzung und Beleidigung vorbestraft, hat Bewährung bis 2010 und noch eine Geldstrafe abzubezahlen. Richter Dr. Nink und die beiden Schöffen hatten sich auch von Waldschmidts Larmoyanz nicht beeindrucken lassen, dem „bei dem Gedanken übel wurde, daß ein Familienvater ins Gefängnis muß“ und auf Freispruch plädierte. Um Wöll u.a. nicht als Opfer zu stilisieren, folgten sie aber auch nicht Staatsanwalt Vaupel, der sechs Monate Haft beantragt hatte.

NPD-Verbot jetzt!

Festzuhalten bleibt: Dieser Prozeß hätte nicht stattfinden müssen, wenn die NPD verboten wäre, wie es das Grundgesetz verlangt und wie es über 175.000 Menschen mit ihrer Unterschrift von der Bundesregierung gefordert haben. Aber die lehnt es nach wie vor ab, weil sie die Nazis braucht, z.B., um „im Kampf gegen die NPD“ demokratische Rechte einzuschränken, die dann gegen Linke ausgelegt werden. Solange die Faschisten „legal“ ihr Unwesen treiben dürfen und ihre Demagogie – über Abgeordnetengelder – vom Staat bezahlt bekommen, solange kann Volksverhetzern wie Wöll nicht wirksam das Handwerk gelegt werden. Seit den Landtagswahlen in Sachsen ist die NPD dort in allen Kreistagen vertreten; die nächsten Volksverhetzungen – und Schlimmeres – sind programmiert.

*) StGB § 130/3: Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 der Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.